

WUNSCH UND WIRKLICHKEIT – LANDWIRTSCHAFT IM WANDEL

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 12.12.2016

dokumente
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



INHALT

- 4 **GRUSSWORT**
Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 5 **GRUSSWORT**
Christine Lambrecht, MdB
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der
SPD-Bundestagsfraktion
- 7 **GESUND. FAIR. REGIONAL. – MIT MUT DIE
LANDWIRTSCHAFT DER ZUKUNFT GESTALTEN**
Reinhold Jost
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz, Saarland
- 11 **NEUSTART FÜR DIE ERNÄHRUNGS- UND
LANDWIRTSCHAFT: WIR BRAUCHEN EINEN NEUEN
GESELLSCHAFTSVERTRAG FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT
(KURZVERSION)**
Ute Vogt, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- 13 **ERGEBNISSE DER PODIEN**
- 13 **PODIUM 1: MODERNE LANDWIRTSCHAFT –
WAS BRAUCHT ES DAZU?**
- 15 **PODIUM 2: DER MARKT MACHT’S?!?
TIERSCHUTZ IM SPANNUNGSFELD
LANDWIRTSCHAFT – HANDEL – VERBRAUCHER**
- 17 **PODIUM 3: LANDWIRTSCHAFT ZWISCHEN PRODUKTION
UND ÖKOEFFIZIENZ – WELCHE UM-WELTLEISTUNGEN
MUSS DIE LANDWIRTSCHAFT ERBRINGEN?**
- 19 **PODIUM 4: FAIRE ARBEIT FÜR EINE GESUNDE
ERNÄHRUNG – HEUTE UND MORGEN?**
- 20 **ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN**

GRUSSWORT

THOMAS OPPERMANN, MDB VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



Landwirtschaft heute – das ist eine relativ kleine Wirtschaftsbranche unter vielen anderen. Die amtliche Statistik weist einen Anteil der Bruttowertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt von 0,7% für das Jahr 2014 aus, und einen Anteil an den Erwerbstätigen von 1,4%. Warum ist diese Branche trotzdem so wichtig, und warum sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie es mit ihr weitergeht? Darauf gibt es viele Antworten, und ich greife willkürlich 2 wichtige heraus: täglich nehmen wir Erzeugnisse der Landwirtschaft zu uns - kein Wunder, dass es fast jeden in unserem Land interessiert, wie sie produziert wurden und was in ihnen drin steckt. Und auch die kleinen Zahlen der beiden Wirtschaftsdaten sollten nicht zu sehr beeindruckend, denn gerade in den sich weniger gut entwickelnden ländlichen Regionen ist die Landwirtschaft und der ihr vor- und nachgelagerte Bereich nach wie vor ein verlässlicher Wirtschaftsfaktor. Wir haben also allen Grund uns zu fragen: wohin geht sie, die Landwirt-

schaft? Und wie müssen wir heute die Rahmenbedingungen gestalten, um in 5 oder 10 Jahren weiter auf eine vitale und leistungsstarke Landwirtschaft schauen zu können, deren Produkte von unseren Verbrauchern geschätzt werden. Die Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion hat Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansichten zusammengebracht, und die folgenden Seiten geben einen guten Einblick in die Veranstaltung. Ich wünsche allen Lesern viele interessante Einsichten und Denkanstöße.

GRUSSWORT

CHRISTINE LAMBRECHT, MDB ERSTE PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Wunsch und Wirklichkeit - Landwirtschaft im Wandel lautet der Titel der heutigen Veranstaltung, in deren Verlauf wir versuchen wollen, uns an Antworten auf einige drängende Erscheinungen heranzutasten. Ich danke Ihnen daher sehr, dass Sie keine Mühen gescheut haben, an unserer heutigen Veranstaltung teilzunehmen. Ganz besonders bedanke ich mich bei unseren 18 Podiumsgästen, die zum Teil aus München angereist sind, um mitzudiskutieren und nach neuen Lösungen zu suchen. Der Reichstag, in dem wir uns hier befinden, ist ein guter Ort, um die wichtigen Fragen der Gegenwart und unserer Zukunft zu diskutieren.

Das Deutschland von heute ist ein modernes Industrieland, in dem Dienstleistungen und Produktion die Grundlage für unseren Wohlstand legen. Wie andere Wirtschaftszweige auch, hat sich die Landwirtschaft moderne naturwissenschaftliche Methoden zu eigen gemacht, um möglichst effizient und kostengünstig Grundstoffe für unsere Ernährung bereitstellen zu können. Sie war dabei ausgesprochen erfolgreich: ein Landwirt ernährt heute mit dem Ergebnis seiner Arbeit im Durchschnitt mehr als 140 Menschen. Dieses Ergebnis kann sich meiner Meinung nach sehen lassen; damit liegen wir auch weltweit in der Spitzengruppe aller Länder. Zu diesem Erfolg beigetragen hat auch eine Politik, die nicht mehr wie vor 20 oder 40 Jahren die Produktion unterstützt, sondern den Landwirten über ihre bewirtschaftete Fläche unter die Arme greift und im Gegenzug die Einhaltung von Standards einfordert.

Bei allem Stolz auf die Erfolge müssen wir auch im Hinterkopf behalten, dass die Landwirte einem harten Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind. Das gilt sowohl innerhalb Deutschlands, wenn unsere Bauern untereinander konkurrieren, als auch nach gegenüber den Landwirten aus anderen Ländern, in die wir heute erhebliche Anteile unserer Produktion exportieren. Bei Milch macht der Export inzwischen rund 50 Prozent unserer heimischen Erzeugung aus.

Die Orientierung am Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit und damit an den Märkten hat jedoch ihre Grenzen. Die Verarmung unserer Agrarlandschaften schreitet leider weiter voran, und der Naturschutz wäre froh, wenn es wenigstens keinen weiteren Rückgang der Biodiversität mehr geben würde. Die Landwirtschaft ist durch die Melioration der Böden, das Ausräumen von Landschaften und die teilweise viel zu hohe Düngung einer der Hauptverursacher des Artenrückgangs. Richtig schwierig wird es, wenn die Gefühle unserer Bevölkerung verletzt werden: für viele Landwirte sind Tiere Produktionsmittel, während unsere Bevölkerung in Tieren mehr und mehr Mitgeschöpfe und liebenswerte Wesen sieht. Hier prallen wirklich Gegensätze aufeinander und verderben so manchem den Appetit. Und hier muss die Politik, gemeinsam mit den Landwirten und unserer Bevölkerung, Wege aus der Krise aufzeigen. Der Lebensmitteleinzelhandel hat diese Trends bereits aufgenommen und verstärkt den Druck in Richtung Landwirtschaft. In diesen Fällen wird deutlich, dass der Markt nicht alles regelt. Oder zumindest in einer Weise regelt, die den Betroffenen nicht gut tut. Und wenn der Markt versagt, ist die Politik gefordert, ergänzende Schranken zu setzen.

Die Effizienz- und Technologieorientierung der Landwirtschaft hat jedoch noch nicht dazu geführt, dass sie sich gegen die Marktmacht, den beispielsweise Schlachtunternehmen, große Getreidevermarkter oder der Lebensmittelhandel aufbauen, wehren können. Die niedrigen Milchpreise haben gezeigt, dass die in den vergangenen Jahren von der Branche verfolgte Internationalisierungsstrategie kein Schutz vor Nachfrageschwankungen ist. Der einzelne Landwirt ist diesem Druck nach wie vor weitgehend schutzlos ausgeliefert.



Doch nicht nur die Landwirte selbst, sondern auch ihre Mitarbeiter und die Arbeitnehmer in den vor- und nachgelagerten Bereichen sind erheblichen Belastungen ausgesetzt. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die Agrarbranche im Ruf steht, keine guten Löhne zu zahlen. Viele Arbeitnehmer, auch im öffentlichen Dienst und auch in den besseren Positionen, sind darüber hinaus einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt, ohne über Möglichkeiten zu verfügen, sich daraus zu befreien oder doch wenigstens ihre Situation erleichtern zu können. Wir werden das heute anhand der Situation in den Schlachthöfen noch hören.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat es immer als ihre Aufgabe gesehen, die Misstände, unter denen die Menschen leiden, klar zu benennen und Konzepte zu entwickeln, wie ein Wandel zu besseren Verhältnissen gestaltet werden kann. Dabei sind wir auf die Menschen angewiesen, die die Verhältnisse vor Ort kennen, und die Herausforderungen benennen können, die auf die Branche und die in ihr Beschäftigten zukommen. Wir haben deshalb vor 2 Jahren das Projekt Zukunft ins Leben gerufen, in dem wir mit den Bürgern gemeinsam über neue Entwicklungsmöglichkeiten für ländliche Räume und unsere Ernährung beraten haben. In der Folge sind zahlreiche Verbesserungsvorschläge entstanden, die wir in Zukunft verfolgen wollen. Etwas Ähnliches haben wir auch heute vor: Lassen Sie uns gemeinsam in vier Podien nach Wegen suchen, wie wir die aktuellen Probleme der Landwirtschaft in der Produktion, in der Auseinandersetzung mit den großen Unternehmen und in den Arbeitsverhältnissen gemeinsam bewältigen können. Ich freue mich auf die spannenden Diskussionen.

GESUND. FAIR. REGIONAL. – MIT MUT DIE LANDWIRTSCHAFT DER ZUKUNFT GESTALTEN

REINHOLD JOST MINISTER FÜR UMWELT UND VERBRAUCHER- SCHUTZ, SAARLAND

Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Es ist ein Themengebiet mit hohem Konfliktpotenzial. Und: In keinem anderem Wirtschaftsbereich haben Veränderungen so großen Einfluss auf unser aller Leben. Die Struktur der Landwirtschaft, wie wir sie heute in Deutschland vorfinden, ist Ergebnis (wenn nicht nur – aber auch) von politischen Entscheidungen. Wenn wir uns dieser Tage also über die Zukunft der Landwirtschaft unterhalten, müssen wir die Geschichte, die Struktur und die Probleme des landwirtschaftlichen Sektors vor Augen haben.

Wenn ich mir Deutschland anschau, so gibt es riesige Unterschiede zwischen der Landwirtschaft im Norden (gute Ackerbaustandorte mit hohen Erträgen und Veredelung) und der Landwirtschaft im Süden (kleinere Betriebsstrukturen und Milchviehhaltung).

Genauso große Unterschiede gibt es zwischen der Landwirtschaft im Osten (sehr große Betriebsstrukturen) und der Landwirtschaft im Westen (intensive Veredelung).

Noch größer sind die Unterschiede wenn ich den Blick auf Europa richte.

Parallel zu der Entwicklung einer Hochleistungslandwirtschaft hat der Verbraucher in der Vergangenheit immer mehr den Bezug zu Lebensmitteln und der Herstellung eben jener verloren.

Mittlerweile ist glücklicherweise eine neue Tendenz zu erkennen. Belegbare Trends zeigen, dass die Menschen hochwertige und gesunde Lebensmittel wieder mehr zu schätzen wissen; genauso halten sie faire Wettbewerbsbedingungen für Landwirte für wichtig und regionale Lebensmittel haben ein „Comeback“. Verbraucher haben besonderes Vertrauen in regionale Hersteller, dabei geht es vor allem um Glaubwürdigkeit und Authentizität.

Klar ist: Um die Bedürfnisse von rund 500 Mio. Menschen in Europa zu erfüllen, brauchen wir eine starke Landwirtschaft. Konventionell wie Biologisch. Aber vor allem brauchen wir flächendeckend eine faire und hochwertige Landwirtschaft.

Für uns in der Politik heißt das: An unserer Seite brauchen wir engagierte Unternehmer im landwirtschaftlichen Sektor, die diese Trends erkennen und ihren Beitrag dazu leisten. Und an uns gerichtet: Wir müssen den Landwirten den Rücken stärken durch eine weitsichtige und verlässliche Agrarpolitik, die einen rechtlich klaren und fördernde eindeutigen Rahmen vorgibt.

Wenn ich in die Vergangenheit schaue, habe ich den Eindruck, dass die Politik eben nicht immer die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen hat, in der sich die landwirtschaftlichen Akteure bewegen.

Oft wurden viel zu spät Tendenzen erkannt, oft wurde viel zu wenig gegen gesteuert, wenn etwas zu entgleisen drohte.

Das beste Beispiel hierzu sind unsere intensiven Tierhaltungsgebiete in einigen Bundesländern (auch in einigen anderen Regionen Europas), die uns jetzt das Leben bei der Einhaltung der Nitratrichtlinie erschweren. Mir ist sehr wohl bewusst, dass wir zwischen Wettbewerbsfähigkeit und räumlicher Verteilung von Produktionsstandorten austarieren müssen.

Mir ist es auch bewusst, dass die Politik hier nicht alles regeln kann und soll.

Es ist mir aber auch bewusst, dass es so nicht mehr weiter gehen kann.

Es kann nicht sein, dass immer mehr bäuerliche Betriebe den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen verlieren.

Wenn wir eine gesunde, faire und regionale Landwirtschaft in der Fläche erhalten wollen, müssen wir umlenken. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass vor allen Dingen die jetzt noch jungen Landwirte und Betriebsleiter eine reelle Chance haben, ihre Betriebe in eine verlässliche Zukunft führen zu können.

Mit Blick auf die Marktsituation ist eine Trendwende noch nicht in Sicht. Agrarprodukte sind nach wie vor billig zu haben. Auch wenn der Milchpreis wieder leicht angestiegen ist, kommt die Erholung des Milchpreismarktes noch nicht bei den Erzeugern an. Viele kleine landwirtschaftliche Betriebe haben aufgrund schlechter Ertragslage aufgegeben. Andere haben sich breiter aufgestellt und konnten durch eine kreative Diversifizierung ihre Existenz sichern.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist für uns alle eine große Herausforderung, der wir uns jetzt stellen müssen. Veränderungen in der Landwirtschaft gab es schon immer und wird es auch immer geben.

Aktuell müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Wo wollen wir hin?

Deutsche wie europäische Entscheider auf der politischen Bühne müssen für eine sichere Zukunft unserer Landwirtschaft Farbe bekennen!

Wollen wir komplett liberale Märkte und damit einhergehend die Abwanderung der Produktion hin zu den Gunststandorten mit besten natürlichen Voraussetzungen?

Oder wollen wir eine landwirtschaftliche Produktion auch an ungünstigen Standorten in Europa (dazu zähle ich auch mein Bundesland Saarland) erhalten?

Ich sage „JA“. Das wollen wir und das müssen wir. Warum:

Die „alte“ Agrarpolitik, eingeläutet mit der GAP-Reform 1992 (GAP=Gemeinsame Agrarpolitik) baute seinerzeit auf historischen Erträge auf. Wer hohe Erträge hatte, erhielt mehr Geld. Das war damals der richtige Folgeschluss – nachdem das System der gestützten Preise im Rahmen der WTO-Verhandlungen abgebaut wurde.

Das Verteilungssystem sollte eine reelle Abbildung dessen sein, was zuvor in den Betrieben erwirtschaftet wurde.

Der Abbau der auf EU-Ebene gestützten Preise war der erste Schritt in ein liberales, vom Marktgeschehen abhängiges Preissystem. Insbesondere Milch, Zucker und Wein waren durch Produktions- bzw. Anbaubeschränkungen geschützt. Die Ausschläge nach oben oder nach unten waren durch diesen Schutz nicht so hoch, wie bei anderen Produkten wie beispielsweise Getreide.

Heute bewegen wir uns in Europa in eine Richtung, in der das Niveau der Direktzahlungen in einem Gleitflug bis 2019 innerhalb der Mitgliedsstaaten angepasst wird. Das führt innerhalb eines Mitgliedsstaates wie beispielsweise Deutschland dazu, dass jetzt die Standorte mit einem niedrigen natürlichen Ertragspotenzial die gleichen ha-Sätze an Direktzahlungen erhalten, wie die Gunststandorte.

Es führt zu ein klein wenig mehr Gerechtigkeit.

In meinen Augen kann das aber nicht alles sein. Wir müssen die europäische Politik dazu bewegen, dass die Unterstützung für Standorte mit ungünstigen naturräumlichen Bedingungen im Vergleich zu günstigen Standorten höher ausfällt. Erst durch diesen Schritt kann eine flächendeckende Landwirtschaft dauerhaft erhalten bleiben. Mit der Förderung von Nicht-Gunststandorten können wir beeinflussen, dass sich Landwirtschaft nicht nur in bestimmten Regionen konzentriert.

Es gibt immer mehr Landwirte, die das genauso erkannt haben und aus sich heraus gewillt sind, hier eine andere Richtung einzuschlagen.



„GESUND. FAIR. REGIONAL. – MIT MUT DIE LANDWIRTSCHAFT DER ZUKUNFT GESTALTEN“

„Gesund“ kann unsere Landwirtschaft. Nach einer aktuell erstellten FORSA-Umfrage im Auftrag des BMEL haben die Deutschen großes Vertrauen in ihre Lebensmittel. Drei Viertel der Befragten schätzen die Bedingungen, unter denen Lebensmittel in Deutschland produziert werden, als gut ein. Gleichzeitig werden Lebensmittel mehrheitlich von 77 Prozent als sicher eingeschätzt.

Wir müssen uns zum Ziel setzen, auch die anderen 23 Prozent von der Qualität deutscher Lebensmittel zu überzeugen. Und Qualität hat ihren Preis.

„Fair“ ist vieles nicht, was gerade auf dem Rücken vieler Landwirte ausgetragen wird. Ich versuche einmal den Begriff „faire Landwirtschaft“ mit eigenen Worten zu beschreiben:

Es wäre fair, wenn ein Landwirt ein ausreichendes Einkommen für sich und seine Familie erwirtschaften kann. Damit das möglich wird, müssen viele Akteure mitspielen: Die Politik, der Lebensmitteleinzelhandel, der Verbraucher und natürlich auch der Landwirt selbst.

Es wäre fair, wenn der Preis für Lebensmittel dazu beiträgt, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland dauerhaft und flächendeckend zu sichern.

Es wäre fair, wenn auch die europäische Agrarpolitik die Landwirtschaft flächendeckend unterstützt und durch geeignete Instrumente ungünstige sowie günstige Standorte entsprechend der naturräumlichen Kulisse fördert. Und es wäre fair, wenn Landwirte auch finanziell davon profitieren, dass Verbesserungen im Bereich des „Tierwohls“ honoriert werden.

Wir müssen also an dieser Stelle politisch versuchen ein Umdenken herbeizuführen.

„Regional“ ist ein Mega-Trend.

Wo die Märkte der Zukunft liegen, loteten z.B. junge Landwirte auf dem Young Farmers Day auf der großen Messe EUROTIER im November in Hannover aus.

Eine wichtige Strategie lautete: Die Nähe zum Verbraucher suchen, denn Regionalität gewinnt. „Regionalität“ ist ein Mega-Trend, in dem ein großes Potential an Wertschöpfung für Handel und Industrie steckt: Für 96 % der deutschen Handelsunternehmen ist das Thema „Regionalität“ von zentraler Bedeutung.

„Regionalität“ ist für viele Deutsche das Thema Nr. 1 und wird Deutschland noch mindestens 10 bis 15 Jahre begleiten. Es bedient das gestiegene Bedürfnis nach Authentizität und Qualität.

Doch es ist geradezu blanker Hohn, dass große Lebensmittelhandelsunternehmen diesen Trend für sich ausnutzen - auf dem Rücken der Landwirte.

Die Nähe zum Verbraucher suchen ist eine wichtige Strategie für Landwirte. Regionalvermarktungsinitiativen sollen daher Unterstützung erfahren, wenn es dazu dient, die Wertschöpfung in der Region bzw. Großregion zu halten.

Dabei muss es aber auch gelingen, dass von der zusätzlichen Marge etwas beim Landwirt hängen bleibt. Nur so kann „regional“ funktionieren.

Dass so etwas funktionieren kann, zeigen die Nachbarländer aus meiner Heimat bzw. aus meiner Großregion Lothringen und Luxemburg.

Mit Mut die Landwirtschaft der Zukunft gestalten, das wollen wir im Sinne unserer Landwirte, mit unseren Landwirten gemeinsam und nicht gegen sie.

Wir wollen eine gesunde nachhaltige Landwirtschaft, die dem Umwelt- und Naturschutz, den Verbraucherinteressen und dem Tierwohl Rechnung trägt und den arbeitenden Menschen gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichert.

Öffentliches Geld nur für öffentliche Aufgaben. Dazu gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Dazu gehört auch eine flächendeckende Landwirtschaft und nicht eine Konzentration auf bestimmte Standorte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!

NEUSTART FÜR DIE ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFT: WIR BRAUCHEN EINEN NEUEN GESELLSCHAFTSVERTRAG FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (KURZVERSION)

**UTE VOGT, MDB
STELLV. VORSITZENDE DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Veröffentlichung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich im November 2016 für einen Neustart für die Ernährungs- und Landwirtschaft plädiert. Die Reaktionen könnten unterschiedlicher nicht sein: die Wissenschaft fand viel Lob, den Ökobetrieben ging es nicht weit genug und den konventionellen Betrieben viel zu weit.



Was passiert, wenn nichts passiert?

Immer mehr Landwirte kämpfen um ihre Existenz. Große Betriebe verdrängen die kleinen Betriebe, bäuerliche Landwirtschaft weicht einer industriellen. Die Gesellschaft entfremdet sich zunehmend und gleichzeitig ist das Interesse an Lebensmitteln, gesunder Ernährung und artgerechter Tierhaltung groß.

Wie sehen die Rahmenbedingungen aus?

Es findet weltweit ein ruinöser Wettbewerb statt. Die Lebensmittelkonzerne und der Handel nutzen ihre Marktmacht. Lebensmittel werden unter Wert verkauft. Die EU-Finanzierung ist flächenbezogen, was dazu führt, dass 5 % der Betriebe, die mehr als 200 ha bewirtschaften, 39 % der Mittel bekommen. Weltweit steigen die Anforderungen durch den Klimaschutz.

Was ist zu tun?

Wir brauchen einen Neustart. Die gegenseitigen Beschimpfungen und das Verharren im eigenen Graben helfen keinem! Wir brauchen einen echten Dialog und müssen aufeinander zugehen. Die ökologische und konventionelle Wirtschaftsweise darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen sie beide und alle müssen sich verändern. Wir brauchen Offenheit! Wir können uns auch die Technologie zunutze machen, um z.B. die Hoftorbilanz im Düngerecht vollziehbar zu gestalten.

Die Politik kann Hilfestellung leisten:

Im August 2017 bietet sich uns die Chance, verstärkt europäischen Agrarmittel für mehr Tierschutz, Klimaschutzmaßnahmen, Biodiversitätsprogramme und die Stärkung der Wertschöpfungskette einzusetzen. Unser Landwirtschaftsminister muss lediglich erklären, dass Deutschland 15 Prozent der flächenbezogenen Mittel für programmbezogene Mittel einsetzen will. Die Gesetzesänderung unterstützen wir als Parlament sofort.

Eine grundlegende Reform der Europäischen Agrarpolitik muss es nach 2020 geben. Wir müssen weg von der Förderung der Flächen und stattdessen „Öffentliches Geld für öffentliche Aufgaben“ einsetzen. Wenn wir nicht selbst die Regeln aufstellen, werden wir den europäischen Agrarhaushalt nicht mehr wiedererkennen. Die Konkurrenz anderer Politikbereiche ist groß.

Wir brauchen aber mehr. Wir brauchen Aufklärung und Information und eine Kennzeichnung von Lebensmitteln, aus der die Herkunft ersichtlich ist. Das hilft auch den Landwirten, die qualitativ hochwertig produzieren.

Wir wollen eine Förderung für die Produkte, die die Verbraucher erwarten. Eine reine Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export halte ich für falsch! Sie verschärft die Situation vor allem für die Mehrheit der Landwirte.

Lasst uns diskutieren und streiten und nach gemeinsamen Lösungen suchen.

In diesem Sinne auf zum Dialog!

Die Veröffentlichung von Ute Vogt finden Sie unter dem Link <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12956.pdf>

ERGEBNISSE DER PODIEN

PODIUM 1: MODERNE LANDWIRTSCHAFT – WAS BRAUCHT ES DAZU?

Inhalte: Digitalisierung, Ausbildung, neue Anforderungsprofile durch Digitalisierung, Ländliche Räume

Podiumsteilnehmer:

- Dipl.-Ing. agr. Hubertus Paetow, Landwirt, DLG
- Johannes Brockmeyer, Leiter der Berufsbildenden Schulen an der Brinkstraße, Osnabrück
- Dr. Winfried Wilkens, Kreisrat Landkreis Osnabrück
- Prof. Dr. Wolfgang Lücke, Universität Osnabrück
- Robert Schultz, obergutd UG
- Moderation/Bericht: Rainer Spiering

Ausgangsgedanke für das Podium – Moderne Landwirtschaft war, dass für den stärker werdenden Fachkräftemangel bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen an die Produktion eine Lösung in der Nutzung digitaler Hilfsmittel liegen kann.

Als Diskussionsgrundlage wurde das SPD-Positionspapier zu „Smart Farming“ sowie das geplante Bundesprojekt zur Erstellung einer unternehmensunabhängigen IT-Plattform aufgegriffen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Podiums „Moderne Landwirtschaft“ waren sich einig, dass sich durch die Digitalisierung gleichermaßen Chancen und Risiken ergeben. Landtechnikunternehmen und Startups sollten zusammenarbeiten und mit dem Staat kooperieren, um eine zentral organisierte und unternehmensunabhängige IT-Plattform für die Landwirte bereitstellen zu können. Die Landwirte erhielten so Freiheit bei der Wahl ihrer Geschäftspartner und könnten obendrein neue Vermarktungsmöglichkeiten für ihre regional hergestellten Produkte aufbauen. Smart Farming kann dabei helfen, die Nitrat- und Ammoniakbelastung zu reduzieren sowie Nährstoffströme zielgerichtet zu bilanzieren. Dies schaffe zusätzliche Transparenz für alle Beteiligten. Ein erfolgreicher und flächendeckender Breitbandausbau im ländlichen Raum ist dabei Grundvoraussetzung.



Sie betonten neben den Chancen durch Arbeitserleichterung, besserer Umweltschutz, Stärkung der Tiergesundheit, Pflanzenschutz, zielgenauere Düngung und die Schonung von knappen Ressourcen auch die zurückhaltenden Reaktionen der Landwirte, die einen bürokratischen und finanziellen Mehraufwand befürchten.

Auch kritische Punkte, wie Datenschutz und Datensicherheit müssen eindeutig geklärt werden.

Ein weitere Aspekt der Diskussion war die Bildungs-/ Weiterbildungssituation. Notwendig sind eine deutliche Stärkung der MINT-Bereiche sowie ein Mehrbedarf an Forschung im IT- und Robotik-Bereich.

Zukünftig muss die Landwirtschaft als Ganzes betrachtet werden. Die notwendige Energie für den Betrieb sollte vorwiegend aus dem System heraus produziert werden. Nährstoffströme und Warenströme würden dann zwangsläufig zielgerichteter geführt.

PODIUM 2: DER MARKT MACHT'S?!? TIERSCHUTZ IM SPANNUNGSFELD LANDWIRTSCHAFT – HANDEL – VERBRAUCHER

Inhalte: Marktmacht des Handels, Tierwohl, Verbrauchervertrauen, staatlich vorgegebene Kennzeichnungen

Podiumsteilnehmer:

- Frank Meuser, Dt. Tierschutzbund
- Sophie Herr, VZBV,
- Dr. Frank Thiedig, Edeka Minden-Hannover
- Ulrich Löhr, Niedersächsisches Landvolk
- Moderation/Bericht: Christina Jantz-Herrmann und Elvira Drobinski-Weiß

Das Podium widmete sich der Frage, welche Rolle Label bei der Verbesserung von Haltungsbedingungen für Nutztiere spielen können und welche Verantwortung der Staat für Tierschutz und Tierwohl trägt.

Frank Meuser vom Deutschen Tierschutzbund führte aus, dass auch 30 Jahre Lobbyarbeit nicht zu einer grundsätzlich anderen Nutztierhaltung geführt hätten und die Entwicklung eines eigenen Tierwohllabels eine Antwort auf das bisherige Versagen des Gesetzgebers sei. Deshalb sei ein staatliches, freiwilliges Label, wie jetzt von Agrarminister Schmidt vorgestellt, gerade nicht die richtige Lösung. Vielmehr müssten akzeptable Mindeststandards durchgesetzt werden.



Auch Sophie Herr vom Verbraucherzentrale Bundesverband bedauerte, dass die Forderung nach gesetzlichen Mindeststandards bisher nicht umgesetzt wurde. Ein Label könne Verbraucherinnen und Verbrauchern aber zumindest etwas an die Hand geben, denn für viele werde Qualität immer wichtiger. Es brauche ein verbindliches, klares Label. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher hätten Probleme, ein Angebot zu finden, dem sie vertrauen.

Ulrich Löhr vom Niedersächsischen Landvolk hält ein Label grundsätzlich für den richtigen Weg, mahnte jedoch, es dürfe keine Überforderung der Landwirte geben. Die Produktion müsse auch immer noch profitabel bleiben. Es gebe bereits heute wesentlich höhere Standards als früher.

Frank Thieding von Edeka Minden-Hannover betonte, dass Edeka sich intensiv mit den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher auseinandersetzen würde. Von den Produzenten werde erwartet, dass diese ihr Angebot optimieren. Wenn die Standards für alle Produkte verbessert würden, würde dies allerdings einen Milliarden-Mehraufwand verursachen. Das Ziel müsse es sein, Trennungs- und Transaktionskosten zu senken, damit gute Standards nicht viel teurer seien.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde von mehreren Teilnehmern, unter anderem Pro Vieh, der Welttierschutzgesellschaft und foodwatch ebenfalls eingefordert, der Staat solle die Einhaltung besserer Haltungsbedingungen sicher stellen. Vertreter des Bauernverbandes hielten die Forderung für schwer vereinbar mit dem europäischen Binnenmarkt. Der Bundesverband des Lebensmitteleinzelhandels plädierte für eine Nationale Nutztierstrategie.

Insgesamt hielt eine Mehrheit der Diskussionsteilnehmer ein Label allein nicht für ausreichend. Der Staat müsse gleichzeitig für die Verbesserung der Tierhaltungsstandards sorgen und diese höheren Standards auch effektiv umsetzen.

PODIUM 3: LANDWIRTSCHAFT ZWISCHEN PRODUKTION UND ÖKOEFFIZIENZ – WELCHE UMWELTLEISTUNGEN MUSS DIE LANDWIRTSCHAFT ERBRINGEN?

Inhalte: Nährstoffüberschüsse verringern, Klimabelastung mindern, chemischen Pflanzenschutz reduzieren, Biodiversität fördern

Podiumsteilnehmer:

- Ludger Schulze Beiering, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbands Borken
- Olaf Schröder, Wasserverband Peine
- Jens Dauber, Thünen-Institut
- Sprecher des BUND-Arbeitskreises Landwirtschaft Vorstandssprecher NEULAND e.V.
- Moderation/Bericht: Ursula Schulte und Rita Hagl-Kehl

Land- und Ernährungswirtschaft besitzen eine ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Schlüsselstellung. Ökonomie und Ökologie dürfen in der Landwirtschaft nicht als Gegensatzpaar gesehen werden. Darin waren sich alle Podiumsteilnehmer einig. Die Agrarförderung der Vergangenheit mit ihrer starken Ausrichtung an agrar-industriellen Strukturen habe zu Fehlanreizen geführt. In diesen Aussagen erschöpften sich dann aber auch die Gemeinsamkeiten.

Während Ludger Schulze Beiering auf das freie Spiel der Marktkräfte anspielte und erklärte, dass Landwirte ihre Erträge am Markt erzielen müssten, waren sich Dr. Jens Dauber (Thünen-Institut), Olaf Schröder (Wasserwirtschaft Peine) sowie Jochen Dettmer (BUND) einig, dass ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft erforderlich sei. Fakt ist, so Jens Dauber, dass mit diversen Marktordnungsgesetzen die Möglichkeiten geschaffen worden sind, in den Mechanismus verschiedener Teilmärkte für Agrarprodukte einzugreifen. „Der Markt“ existiere nicht.

Stattdessen, so Jochen Dettmer, benötigen wir ein stärkeres Ordnungsrecht. Einen wesentlichen Grund dafür sehe er darin, dass die produzierenden Betriebe die Kreislaufwirtschaft verlassen haben. Damit hat sich die Landwirtschaft in eine strukturelle Abhängigkeit begeben. Als Konsequenz aus dieser Abhängigkeit hat sich die Landwirtschaft dem Begriff Öko-Effektivität zuzuwenden. Alle einzusetzenden Instrumente sind vor dem Hintergrund ihrer ökonomischen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Effektivität zu sehen.



Olaf Schröder sah sich als Sachwalter des Ressourcenschutzes und spielte damit auf die Belastung des Grund- und Oberflächenwassers an. Die Belastung der Ressource „Wasser“ könne reduziert werden, wenn Landwirte grundwasserschonende Ausbringungsverfahren einsetzten und wenn die Tierhaltung wieder an die Fläche gebunden wäre.

Im Plenum wurde kontrovers die Rolle des Verbrauchers diskutiert. Dieser wolle „gute und gut produzierte Lebensmittel“ mit regionalem Charakter, die vom Preis-Leistungsverhältnis erträglich sind. Leider verhalte sich der Verbraucher am Point of Sale nicht rational, sondern orientiere sich häufig am günstigsten Preis. Bildung auf der einen Seite und eine materiell verbesserte Situation des Verbrauchers auf der anderen Seite (Stichwort: Anpassung der Regelsätze) wären Maßnahmen, die eine rationale Kaufentscheidung fördern könnten.

Wissenschaftlich kontrovers diskutiert wurde auch die Belastbarkeit des Datenmaterials. Jens Dauber kritisierte, dass gerade zum Thema „Biologische Artenvielfalt“ keine zusammenhängenden validen Daten vorliegen. Dieser Position wurde vom ehemaligen Leiter des BfN, Prof. Hartmut Vogtmann, widersprochen.

Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass es klar definierte Aufgaben in den Bereichen Tierwohl, Klima, Wasserschutz und Biodiversität gebe. Die Gesellschaft müsse festlegen, wo bei jedem dieser Themen die „roten Linien“ verliefen. Im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion stehen die Kernfragen, in welche Richtung sich die landwirtschaftliche Produktion entwickeln bzw. wie der Agrarraum strukturiert sein solle. Dazu benötigen wir klare Indikatoren, um Status und Entwicklung messen zu können.

PODIUM 4: FAIRE ARBEIT FÜR EINE GESUNDE ERNÄHRUNG – HEUTE UND MORGEN?

Inhalte: Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträge, Saisonarbeitskräfte, Arbeitskräftemangel, Whistleblowing

Podiumsteilnehmer/innen:

- Micha Heilmann (NGG),
- Jörn Böttcher, Leiter der Unterabteilung Arbeitsrecht im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Frau Liebrich, Süddeutsche Zeitung
- Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel, Bundesinst. für Risikobewertung
- Prof. Dr. Haunhorst, LAVES
- Moderation/Bericht durch Karin Thissen und Willi Brase

Die Diskussion im Podium „Faire Arbeit für eine gesunde Ernährung“ verdeutlichte die Wichtigkeit bestehender Regelungen im Arbeitsrecht und in der Lebensmittelsicherheit, denn die Arbeitsbedingungen wirken sich auf die Arbeitsergebnisse aus. Vor allem in der Schlachtbranche wurden problematische Arbeitsbedingungen ausgemacht. Die fehlende Einhaltung bestehender gesetzlicher Regelungen beeinträchtigt nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern führe durch Verunreinigungen von Fleischprodukten auch zur Vernachlässigung des Verbraucherschutzes. Das Management und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten sich stärker bewusst werden, dass die Einhaltung bestehender Gesetze und die Wahrnehmung der Arbeitnehmerrechte im Ergebnis für die Wahrung guter Hygiene förderlich seien. Allein durch Selbstverpflichtungen der Industrie werden sich die Probleme nicht lösen lassen. Darüber hinaus wurde die SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Absicht bestätigt, rechtssichere Schutzregelungen für Hinweisgeber zu verabschieden, um Verstöße in der Lebensmittelherstellung konsequenter ahnden zu können.



ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Elvira Drobinski-Weiß fasste stellvertretend für den erkrankten Wilhelm Priesmeier die Ergebnisse zusammen. Sie fragte, ob der derzeit eingeschlagene Weg, den die Landwirtschaft ginge, derzeit noch nachhaltig sei. Diese Frage müsse unter allen drei Aspekten der Nachhaltigkeit, d.h. ökologisch, ökonomisch und sozial, geprüft und beantwortet werden. Dabei sei deutlich, dass die Menschen in der Landwirtschaft und in der Verarbeitung unter einem hohen Druck stünden. Dennoch müssten die anstehenden Probleme bald gelöst werden. Unter Bezugnahme auf die Belastung der Grund- und Oberflächengewässer mit Nitrat stellte sie fest, dass wir ohne einen neuen Ansatz diese Belastungen nicht werden zurückdrängen können.

Der Lebensmitteleinzelhandel hat die Probleme teilweise aufgenommen und Lösungen aufgezeigt. Eigentlicher Ansprechpartner sei jedoch die Politik, die handeln müsse. Dies sei, wie die Milchpreiskrise zeige, unter den Bedingungen globalisierter Märkte jedoch nicht einfach. Die SPD-Bundestagsfraktion werde sich dieser Aufgabe jedoch stellen.

Weitere Fotos der Konferenz finden Sie unter:

<https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/albums/72157677701502206>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

TELEFON: 030 227-57133

TELEFAX: 030 227-56800

REDAKTION: AG Ernährung und Landwirtschaft

GESTALTUNG: Öffentlichkeitsarbeit

FOTOGRAFIE: Gerrit Sievert (S. 4); spdfraktion.de
(S. 6, 9, 11, 13, 15, 19); Frank Liese/Büro Ursula Schulte MdB
(S. 17)

Erschienen im Februar 2017

WWW.SPDFRAKTION.DE